

Vor der Veranstaltung am 11. Juni

Beide Initiativen sagen Teilnahme ab



„Windsinn-Nottuln“ und „Gegenwind“ kritisieren das geplante Fish-Bowl-Format scharf und haben eine Teilnahme an diesem Format abgesagt.

Foto: Imago

Von Viola ter Horst

NOTTULN. Nach der Bürgerinitiative „Gegenwind“ hat nun auch die Bürgerinitiative „Windsinn-Nottuln“ ihre Teilnahme an der geplanten Diskussionsrunde zum Windpark Stockum abgesagt. Damit wollen beide Initiativen nicht an dem von der Gemeinde Nottuln vorgesehenen „Fish-Bowl“-Format am 11. Juni teilnehmen.

In einem Schreiben an Bürgermeister Dietmar Thönnies, das nach Angaben der Initiative auch an die Ratsfraktionen ging, begründet „Windsinn-Nottuln“ die Entscheidung mit deutlicher Kritik an Ablauf und Zusammensetzung der Veranstaltung. Die Initiative sieht den ursprünglichen Bürgerantrag nicht ausreichend umgesetzt und kritisiert vor allem die Beteiligung von Projektierern und Stadtwerken an der Diskussion. Dadurch verschiebe sich der Fokus weg von einer innergemeindlichen Aufarbeitung

hin zu einer Bühne für die Betreiber.

Zudem spricht die Initiative von einem Ungleichgewicht zwischen Kritikern und Befürwortern des Projekts. Nach der bereits erfolgten Absage der BI „Gegenwind“ sei ein Dialog „auf Augenhöhe“ kaum noch möglich. Auch das geplante „Fish-Bowl“-Format lehnt die Initiative ab. Viele Bürgerinnen und Bürger würden sich dadurch eher abgeschreckt als eingebunden fühlen.

Unterzeichnet ist das Schreiben von Gero Birkenmaier im Namen der Bürgerinitiative. Zugleich verweist „Windsinn-Nottuln“ auf eine Petition gegen den geplanten Windpark in Stockum. Nach Angaben der Initiative haben bislang mehr als 1.700 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben. Die Petition sei ein deutliches Signal aus der Bevölkerung.

Bereits zuvor hatte die Initiative „Gegenwind“ ihre Teilnahme abgesagt (wir berich-

teten). Auch sie sieht das geplante Fish-Bowl-Format kritisch und befürchtet keine echte Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe, da Verwaltung, Politik, Kreis und Stadtwerke strukturell deutlich stärker eingebunden seien als die Kritiker des Projekts.

Die Gemeindeverwaltung hält trotz der Absagen an dem Termin fest. Man setze den Ratsbeschluss um, erklärte Bürgermeister Dietmar Thönnies auf Nachfrage. Andere Teilnehmer für die abgesagten BI-Vertreter sollen nicht benannt werden. Eingeladen seien weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger. Eine weitere Stellungnahme zu den Absagen wolle die Gemeindeverwaltung ausdrücklich nicht geben, heißt es auf Nachfrage unserer Zeitung weiter.

Zur Frage, inwieweit das geplante Format und die Teilnehmer im Vorfeld mit den Beteiligten abgestimmt worden seien, erklärte Dezernent Stefan Kohaus, dass es schwierig sei, dies mit sämtlichen

Teilnehmern vorab zu klären.

Auch in der Politik sorgt die Entwicklung für Diskussionen. CDU, Grüne, SPD und UBG sagten auf Nachfrage, sie wollen sich Anfang kommenden Woche in ihren Fraktions-sitzungen erneut mit dem Thema beschäftigen. Im Raum steht inzwischen auch die Frage, ob die geplante Runde nach den Absagen der beiden Bürgerinitiativen überhaupt noch sinnvoll ist.

CDU-Fraktions-sprecherin Andrea Quadt-Hallmann betont: „Wir sind auf jeden Fall immer gesprächsbereit.“ Auch die Grünen wollen zunächst die Fraktionssitzung abwarten, bevor sie sich weiter äußern. SPD-Fraktions-schef Wolfgang Danziger bedauert, dass die Situation „jetzt natürlich wie festgefahren ist“.

UBG-Fraktions-schef Jan Van de Vyle erklärt, dass zu der Fraktionssitzung der UBG die Petenten der Bürgeranregung eingeladen seien, die die Diskussionsveranstaltung vorge-

schlagen hatten. Der Rat hatte dieser Bürger-Anregung mit großer Mehrheit zugestimmt. „Mit einiger Verwunderung mussten wir feststellen, dass mit den Petenten zumindest nicht ausreichend kommuniziert worden ist“, sagt Van de Vyle. Die UBG sei davon ausgegangen, dass dies bereits vor der Verwaltungsvorlage geschehen sei, die einen „abgewandelten Vorschlag“ enthalten habe. Die nicht erfolgte beziehungsweise aus seiner Sicht viel zu späte Kommunikation mit den Petenten vonseiten der Verwaltung bezeichnet Van de Vyle als „mindestens schlechtes Handwerk“. Auch die Familien, die die Bürgeranregung stellten, sehen das geplante Format kritisch. „Wenn aber Ziel, Adressaten und Rahmen verändert werden, wird ein offener Austausch kaum möglich und die Intention der Bürgeranregung verfehlt“, meinen sie. Sie betonen zugleich, dass sie nicht in Bürgerinitiativen organisiert sind.